

Von sechzig Prozent... (Glosse)

... des Stoffs würden die Lehrpläne der bayerischen Gymnasien entlastet, hat Ministerpräsident Stoiber angekündigt: 50 Prozent seien bereits erledigt, um zehn Prozent werde die verbliebene Hälfte gekürzt. "Das ergibt nur 55 Prozent", stellte der Bezirksschülersprecher richtig. Ist zu hoffen, dass Prozentrechnen im Lehrplan bleibt. BUMM

Schüler nicht "instrumentalisiert"

Aschaffenburg. Die Schüler lassen sich im Protest gegen die Einführung des achtjährigen Gymnasiums »instrumentalisieren«: Das unterstellten am Montag im Dessauer-Gymnasium der CSU-Landtagsabgeordnete Berthold Rüth und ein Diskussionsteilnehmer aus dem Publikum. Es sei doch ungewöhnlich, dass Schüler für eine längere Gymnasialzeit demonstrieren.

Der Widerspruch war klar und berechtigt: Es war die Aschaffener Schülervertretung allein, die am Freitag die große Demonstration auf dem Aschaffener Marktplatz organisiert hatte, so Bezirksschülersprecher Julian Bischof. Und: Nicht unbedingt für eine längere Schulzeit, sondern gegen die zusätzlichen Belastungen und die Qualitätseinbußen, die mit der Schulzeitverkürzung auf Schüler, Lehrer und das Gymnasium zukommen, habe sie protestiert, erklärte eine Schülerin aus dem Publikum.

Darüber hinaus zeigten sich gerade die jugendlichen Diskussionsteilnehmer so, wie sich Eltern und Gesellschaft angehende Abiturienten wünschen (sollten): kompetent, redebegabt, zielorientiert und selbstbewusst. pf

Lässt sich der Karren noch bremsen?

Trotz massiver Kritik bei Podiumsdiskussion: CSU-Landtagsabgeordneter hält am G8-Kurs Stoibers fest

Aschaffenburg. Kommt das achtjährige Gymnasium in Bayern zum neuen Schuljahr - und rückwirkend bereits für die jetzigen fünften Klassen - oder »lässt sich der Karren noch bremsen«, wie es eine Lehrerin formulierte? Wenn die rund 350 Besucher der Podiumsdiskussion am Montag auf ein Einlenken der CSU-Landtagsfraktion gehofft haben sollten, dürfte sie der Abend im Dessauer-Gymnasium der Illusion beraubt haben.

Berthold Rüth, CSU-Abgeordneter aus Eschau und Mitglied im Bildungsausschuss des Landtags, zeigte jedenfalls keine Bereitschaft, vom Eilkurs des Ministerpräsidenten Stoiber abzuweichen, wie sein ebenfalls neuer Landtagskollege Thomas Mütze (Grüne) am Ende der dreistündigen Diskussion feststellte. Tatsächlich zog Rüth das Resümee, es habe sich niemand generell gegen das achtjährige Gymnasium (G8) ausgesprochen. Umstritten sei nur die Art und Weise, in der es eingeführt werde.

Abgelehnt - oder Zeit gefordert

Ein Resümee, das an der Realität des Abends vorbeiging. Von einer einzigen Wortmeldung abgesehen, stieß die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit bei Schülern, Eltern und Lehrern entweder auf grundsätzliche Ablehnung. Oder es wurde gefordert, die Reform, wenn sie denn nötig sei, so lange zurückzustellen, bis die Probleme, die sie aufwirft, überzeugend gelöst sind.

Die Lösung bis zum neuen Schuljahr oder, wie von Kultusministerin Hohlmeier angepeilt, gar bis Ende Februar zu schaffen, das traute der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion außer Rüth selbst niemand zu. Zu lang ist die Liste der Probleme, die am Montag - kurz oder vertieft - zur Sprache kamen: Es fehlen Lehrpläne und Aussagen dazu, welcher Stoff analog zur Schulzeit gekürzt wird, um die Belastung der Schüler erträglich zu gestalten. Ungeklärt ist die Organisation der geplanten Intensivierungsstunden (Klassenteilung, doppelter Lehrerberuf) und des Nachmittagsunterrichts, ungeklärt sind auch die Organisation und Finanzierung der Mittagsbetreuung und der Schülerbeförderung.

Schneller auf den Markt

Ist die Reform nötig? Rüdth führte die bekannten Argumente ein: Erstens seien die deutschen Abiturienten und in der Folge die Hochschulabgänger im internationalen Vergleich zu alt und damit im globalen Wettbewerb benachteiligt. Zweitens erforderten es die Alterspyramide und die maroden Sozialsysteme, dass Ausbildungszeiten verkürzt und frühzeitig Beiträge bezahlt werden.

Schon da gab es Widerspruch, am deutlichsten formuliert vom schulpolitischen Sprecher des bayerischen Philologenverbandes, Walter Fronczek: Beim internationalen Vergleich würden unterschiedliche Abschlüsse und Qualitätsanforderungen betrachtet. Was die Sozialsysteme betrifft, rechnete er hoch: Die Verkürzung der Gymnasialzeit in Bayern wirke sich im Jahr 2050 mit 3 Euro pro Rentner aus.

Bezirksschülersprecher Julian Bischof sah durch die Argumentation Rüdths seine erste Stellungnahme bestätigt: »Wenn es ein Konzept für G8 gibt, dann ist es von der Wirtschaft ausgearbeitet«

Generell wandte sich Fronczek dagegen, den Bildungsbegriff in Bayern zum Ausbildungsbegriff zu ändern. Unabhängig von der Zahl der Jahre sei entscheidend, was die Jugendlichen im Gymnasium mitbekämen - für Beruf und Leben.

Breite Unterstützung fand er im Publikum. Für Diözesanjugendpfarrer Christoph Warmuth geht die Kappung des neunten Schuljahres mit vermehrter Stofffülle in den verbleibenden acht Jahren zu Lasten des musischen, kulturellen und sozialen Lernens. Es gebe Kompetenzen, die sich nicht in Lernstoff einpacken ließen. Jens Bormann, ein Vater, warnte davor, die Kinder für die Fehler der Eltern bezahlen zu lassen: »Wir dürfen ihnen nicht die Kindheit rauben für unsere Sozialsysteme.«

Umstritten: die Eile

Und was sagt ein Vater, der gleichzeitig Vertreter der Wirtschaft ist? Joachim Schmidt, der »schon an vielen Projekten mitgearbeitet« hat, würde einer Projektgruppe »lieber die Stecker herausziehen«, bevor sie versuche, »ein funktionierendes Modell in so kurzer Zeit umzukrempeln«.

Weshalb die Eile? Auch hier die bekannte Argumentation: Wenn Bayern das G8 mit dem Schuljahr 2004 starte und die jetzigen fünften Klassen rückwirkend einbeziehe, komme im Frühjahr 2011 der doppelte Abiturjahrgang auf den Bildungs- und Arbeitsmarkt (13. Klassen des Eingangsjahres 2002 und 12. Klassen des Eingangsjahres 2003). Damit liege der Freistaat ein Jahr vor den Doppeljahrgängen in Hessen und Baden-Württemberg. Dort soll das G8 auch mit 2004 starten soll, die derzeitigen fünften Klassen werden aber nicht einbezogen.

Diese »technokratische Begründung« genüge der CSU für eine »bildungspolitische Geisterfahrt«, empörte sich die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Pranghofer. »Bayern will schneller sein als die anderen - koste es was es wolle«, interpretierte der Kreisvorsitzende des bayerischen Elternverbandes, Professor Dr. Wolfgang Magin, »das geht vor allem auf Kosten der Kinder.«

Perspektiven in acht Jahren

Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Untermain im Landeselternverband für Gymnasien, Andrea Wacker, sowie Thomas Mütze, Julian Bischof und mehrere Publikumsdiskutanten hätten es ebenfalls lieber gesehen, dass Bayern erst die eigenen Schulversuche und die Erfahrungen anderer Bundesländer auswerte, um dann über die Einführung des G8 zu entscheiden. Damit komme der bayerische Doppeljahrgang zwar erst nach, aber auch nicht zeitgleich mit den anderen »auf den Markt«.

Dass es zudem völlig ungeklärt sei, wie Bayern allein den eigenen Doppeljahrgang auffangen wolle, drückt die Eltern besonders, so (nicht nur) Andrea Wacker. Eine Lösung hatte Rüth nicht parat. Das Thema sei bekannt, die Staatsregierung werde sich in Kooperation mit den Nachbarländern bemühen, die Kapazität der Universitäten rechtzeitig zu erhöhen. Er erntete Empörung: Derzeit unternehme die Staatsregierung das Gegenteil.

Peter Freudenberger

Weniger Qualität - oder Überforderung

Aschaffenburg. Einig waren sich Podium und Publikum im Dessauer-Gymnasium - freilich mit Ausnahme des CSU-Landtagsabgeordneten Berthold Rüth: Die Verkürzung der Gymnasialzeit um ein Jahr werde entweder zu einem Verlust an Qualität führen oder, wenn die Qualität des bayerischen Abiturs erhalten werden soll, noch mehr Schüler als bisher scheitern lassen.

Eltern- und Lehrervertreter sowie Oppositionspolitiker bezogen sich auf die Schulversuche in Bayern und anderen Bundesländern. In Baden-Württemberg habe sich gezeigt, dass lediglich 30 Prozent der Gymnasiasten die Anforderungen des achtjährigen Gymnasiums erfüllen, eingeführt werde es dort überhaupt nur, um den Rückwechsel ins G9 zu unterbinden, so der Philologe Walter Fronczek und Karin Pranghofer (SPD). Auch in Bayern seien die G8-Versuchsklassen als »Elitezug« betrachtet worden.

Intensivierungsstunden

Rüth sah die Lösung in den geplanten »Intensivierungsstunden«, in denen die Klassen geteilt werden. Hier sollen keine neuen Unterrichtsinhalte vermittelt, sondern die Schüler je ihren Fähigkeiten gefördert werden. Nicht weniger, sondern mehr Abiturienten wolle Bayern mit der Gymnasialreform erreichen, sei der Freistaat mit der Abiturientenquote von 19 Prozent derzeit doch das Schlusslicht in Deutschland.

Elternsprecherin Andrea Wacker widersprach: Schon in den Modellschulen seien die Intensivierungsstunden für normalen Unterricht hergenommen worden, weil sich der Stoff anders nicht »durchziehen« ließ. Dass die Teilung der Klasse in starke und schwache Schüler von Schwächeren als Zurücksetzung und Auslese verstanden werde, unterstrich die Lehrerin Birgit Graß. Zudem seien die Stunden schwer zu organisieren, so Fronczek: Die Probleme begännen schon mit der Teilung von bis zu sechs Parallelklassen in nur einem Jahrgang.

Eine Überforderung von Schülern und Lehrern sagten die G8-Kritiker voraus. Unter dem vermehrten Nachmittagsunterricht leiden werde vor allem das freiwillige unterrichtsbegleitende Angebot, das Lehrer machen und Schüler annehmen. Davon könnten auch außerschulische Angebote bedroht sein, ließ die Musikschulleiterin Ulrike Goldau erkennen.

Dass Stoff gestrichen werde, um das fehlende Schuljahr aufzufangen und die Belastung zu senken, mochte niemand glauben. Die Behauptung Stoibers, die alten G9-Lehrpläne seien zu Beginn des laufenden Schuljahrs um 50 Prozent gekürzt worden, habe sich auf die Seitenzahl und das Gewicht

bezogen, so Bezirksschülersprecher Julian Bischof und Fronczek. Inhaltlich seien es keine 30 Prozent gewesen. pf

Demokratie, Maulkorb und Mitspracherecht

G8: Vorgehen der Staatsregierung in der Kritik

Aschaffenburg. Nur drei Gegenstimmen habe es in der CSU-Landtagsfraktion gegen den Stoiberplan zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums in Bayern gegeben. Bis Februar werde intensiv über die Umsetzung diskutiert: Das sei doch kein undemokratischer Vorgang, gab sich der CSU-Abgeordnete Berthold Rüth (Eschau) überzeugt. Die übrigen Teilnehmer der Podiumsdiskussion zum G8 am Montag im Dessauer-Gymnasium sahen das anders.

Trotz der Zweidrittel-Mehrheit der CSU in München: Nach wie vor sei es auch in Bayern die Aufgabe des Parlaments, neue Gesetze zu erlassen. Sie könnten nicht in der CSU-Fraktion beschlossen werden, konterte die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Pranghofer. Schon gar nicht könnten sie vom Ministerpräsidenten angeordnet werden, fügte Thomas Mütze (Grüne) hinzu.

So lange das neunjährige Gymnasium per Gesetz festgeschrieben ist, hätten sich die Beamten aktiv dafür einzusetzen: Der schulpolitische Sprecher des bayerischen Philologenverbandes, Walter Fronczek, machte sich zum Fürsprecher für Schulleiter und Lehrer, die sich an Protesten gegen die angekündigte Einführung des G8 beteiligen - trotz der Ermahnungen aus München und Würzburg, dies nicht zu tun (wir berichteten unter anderem in der Ausgabe vom 24. Dezember). Ermahnungen, die Rüth nicht als »Maulkorb-Erlasse« gewertet wissen wollte.

Anders als die CSU-Landtagsfraktion lasse sich der Philologenverband nicht zum Befehlsempfänger degradieren, so Fronczek weiter. Deshalb sei er aus der Bildungskommission ausgetreten. Der Verband werde nicht daran mitwirken, das funktionierende neunjährige Gymnasium und das »Erfolgsmodell Kollegstufe« zu zerschlagen.

An einem falschen Ziel mitzuarbeiten, das gleiche der »Wahl zwischen Pest und Cholera«, urteilte auch ein Vater im Publikum. Auf dem Podium erklärte der Vorsitzende des bayerischen Elternverbandes, Professor Dr. Wolfgang Magin, was die Eltern von der Aufforderung zur Mitsprache zu halten haben: »Die Elternverbände haben ihre Vorstellungen in zwei Volksbegehren deutlich gemacht. Dieses Gymnasium gehört nicht dazu.«

Dass die Mitsprache der Schülervertretungen ohnedies nicht gesucht wird, unterstrichen gleich mehrere Jugendliche. Angesichts dieser Allianz keimte in Karin Pranghofer Hoffnung auf: Es müsse und werde der CSU zumindest weh tun, wenn sie im Landtag die Hand für G8 hebe: »Es kann nicht gehen, dass man gegen alle Interessen obgrigkeitsstaatlich verfährt.« pf